

nachrichten

Bruch des Waffenembargos?

Die deutsche Firma Deutz steht unter dem Verdacht, das Waffenembargo gegen Burma gebrochen zu haben, so die Staatsanwaltschaft in Köln im Mai 2005. Die Deutz-Zentrale in Köln und Firmen in Mainz und Hamburg wurden von der Polizei durchsucht, so ein Sprecher. Deutz bestreitet jeglichen Verstoß. Laut einem Bericht im Magazin FOCUS lieferte Deutz vom März 2000 bis zum März 2001 Motoren an eine Firma in den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE). Diese Motoren wurden wiederum an eine ukrainische Firma weiterverkauft, die sie für den Gebrauch in gepanzerten Fahrzeugen anpasst. Zehn dieser Fahrzeuge wurden dann aus der Ukraine nach Burma verschifft, hieß es in dem Bericht weiter.

Eine Sprecherin von Deutz, Andrea Bleesen, sagte: »Deutz hat rechtsgemäß gehandelt, als sie die Motoren in die VAE geschickt haben.« Weder für die VAE noch für die Ukraine besteht ein Waffenembargo. Bleesen sagte, die Motoren würden normalerweise in zivilen Fahrzeugen eingesetzt, könnten aber an militärischen Gebrauch angepasst werden. Sie sagte jedoch, die Firma in den Emiraten hätte Deutz versichert, dass die gepanzerten Fahrzeuge, die in der Ukraine ausgestattet wurden, ausschließlich für den Gebrauch in den VAE bestimmt seien. Der Bericht einer Nicht-Regierungsorganisation hatte dazu geführt, dass der Handel überprüft wurde.

vgl.: AFP 13.5.2005

ASEAN-Vorsitz

Thailands Außenminister hat angedeutet, dass Burma, das wegen seiner repressiven Innenpolitik unter Beschuss steht, den ASEAN-Vorsitz verschieben könnte, um eine Konfrontation mit dem Westen zu vermeiden. Kantathi Supamongkon sagte, er habe einen Kompromissvorschlag ausgearbeitet, um den Konflikt darüber zu lösen, dass Burma eigentlich 2006 turnusmäßig den Vorsitz der Association of South East Asian Nations (ASEAN) übernehmen soll.

Die Vereinigten Staaten und die Europäische Union haben damit gedroht, die Treffen mit der Gruppe zu boykottieren, wenn Burma im nächsten Jahr den ASEAN-Vorsitz übernimmt, ohne Fortschritte bei den Menschenrechten zu machen und Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi freizulassen. Die Regierung in Washington sagte außerdem, man denke darüber nach, das Geld für einige Entwicklungsprojekte in der Region, vor allem in den ärmeren Ländern Südostasiens, zurückzuhalten. Das Thema bedroht die Einheit der zehn Mitgliedsstaaten. Einige Länder sind gegen den Vorsitz Burmas ohne konkrete Fortschritte im Demokratisierungsprozess.

Kantathi sagte, Myanmars Militärjunta habe Thailand und

anderen Nationen »ein allgemeines Signal geschickt, dass man die Interessen ASEANS über die eigenen Interessen stellen werde«.

Einige Delegierte sagten am Rande eines Treffens von ASEAN-Parlamentariern und NGOs in Manila, dass die Gruppe an Glaubwürdigkeit verlieren könnte, wenn sie Burma erlaubte, den Vorsitz zu übernehmen. »Die ASEAN muss einen Weg finden, dass Myanmar den Vorsitz nicht übernimmt, weil sie dazu nicht in der Lage sind. Sie haben zu viele Probleme zu Hause«, sagte Hadi Soesastro, der Chef des indonesischen Zentrums für Strategische- und Entwicklungsstudien. »Wenn es so weitergeht, glaube ich nicht, dass ASEAN als Organisation überleben wird.«

Die ASEAN-Außenminister verschieben bei ihrem Treffen im April auf den Philippinen die Burma-Frage auf ein Gipfeltreffen der Minister im Juli in Laos. Europa und die Vereinigten Staaten meiden Burma und verhängen Sanktionen über Rangun, seit die Militärregierung die Friedensnobelpreisträgerin Suu Kyi im Mai 2003 erneut unter Hausarrest gestellt hatte.

vgl.: rtr 13.5.2005,

Urteile gegen Angehörige des Geheimdienstes

Geheimgerichte im Insein-Gefängnis in Rangun haben erste strenge Urteilsprüche gegen die rund 300 Personen, die in Verbindung mit dem aufgelösten Geheimdienst standen, ausgesprochen. Etwa 30 Personen wurden zu Haftstrafen zwischen 20 und 200 Jahren verurteilt. Unter den Verurteilten befindet sich General Thein Swe, der die auswärtigen Beziehungen für den Geheimdienst unterhielt und der Vorsitzende der Myanmar Times Weekly war. Er wurde zu viermal 38 Jahren Gefängnis verurteilt, die genauen Anklagepunkte bleiben jedoch unklar. Sein Sohn, welcher auch für die

Zeitung arbeitete, wurde aufgrund von Verstößen gegen das Zensurgesetz mit 14 Jahren Haft bestraft.

Diese Verurteilungen waren die ersten, die die 25 speziell eingerichteten Tribunale ausgesprochen haben. Die meisten Angeklagten sind mehrfach verurteilt worden, unter anderem wegen Korruption und des Besitzes ausländischer Währung. Höherrangige Offiziere sehen sich auch Vorwürfen wegen Verschwörung gegenüber.

vgl. AFP 8.4.05, *Democratic Voice of Burma* 8.4.05

Einsatz von Chemiewaffen?

Die britische Menschenrechtsorganisation *Christian Solidarity Worldwide* (CSW) wirft der Militärjunta den Gebrauch von Chemiewaffen vor. Wie der Australier Dr. Martin Panter, Direktor der CSW, erklärte, habe er fünf überlebende Karenni-Soldaten untersucht, die am 15. Februar 2005 in Nya My von dem Militär angegriffen wurden, deren Symptome auf die Folgen eines chemischen Angriffs schließen lassen. Seine Untersuchungen würden sich auch mit den Berichten eines anderen Arztes decken, der die Betroffenen fünf Tage nach dem Angriff behandelt hatte. Die Karenni-Soldaten berichteten von Granaten, aus denen eine gelbe, ätzende Gaswolke ausströmte. Sie wurden alle von Brechreiz, Durchfall und Lähmungen erfasst und husteten Blut. Verstärkt wurden die Vermutungen auf Einsätze chemischer Waffen durch Zeugenberichte zweier 15jähriger Deserteure der burmesischen Armee, die zu den Karenni-Rebellen übergelaufen waren. Sie berichteten von Totenkopfaufklebern auf der Munition und die Anweisungen mit Gasmasken zu arbeiten. Problematisch sei, so Panter, Beweise zu liefern, da die eingesetzten Mittel meistens wasserlöslich seien.

Die Glaubwürdigkeit der Berichte wurde vom ehemaligen Botschafter Großbritanniens in Thailand, Derek Tonkin, in einem Brief an ein Mitglied im Board of Trustees der christlichen Organisation bezweifelt. Er begründet das unter anderem damit, dass die Berichte erst zwei Monate nach dem Vorfall an die Öffentlichkeit gelangten und vorher von keiner Seite darüber berichtet worden sei.

vgl. *The Guardian* 22.4.05, *The Cairns Post* (Australia) 27.4.05, *Free Burma Coalition* 23.4.05

NV: Einigung bei Prinzip der Gewaltenteilung

Die verfassungsgebende Nationalversammlung, an der die oppositionelle Nationale Liga für Demokratie (NLD) und verschiedene Parteien von Waffenstillstandsgruppen nicht teilnehmen, einigte sich nach Berichten der staatlichen Zeitung *The New Light of Myanmar* auf detaillierte Grundsätze zur legislativen Gewaltenteilung in elf Sektoren. Weiterhin schreibt die Zeitung, dass diese Prinzipien nun dem Unionsparlament vorgelegt werden, welches aus Repräsentanten-

haus, Nationalitätenhaus sowie aus Regions- und Staatenparlamenten besteht. Prinzipien in den Bereichen Wirtschaft, Finanzen und Planung, Außenpolitik und Verteidigung und Sicherheit wurden mit der Zustimmung der meisten Abgeordneten verabschiedet und veröffentlicht. Über die übrigen sieben Sektoren ist noch nicht entschieden, es wird jedoch erwartet, dass auch sie bestätigt und veröffentlicht werden. Die Versammlung soll außerdem die Prinzipien der admi-

nistrativen und Judikativen Gewaltenteilung, die in die Verfassung mit aufgenommen werden sollen, diskutieren. Ende März 2005 wurde die Versammlung erneut vertagt. Als Grund für das Aussetzen der Versammlung werden steigende Temperaturen und die kommende Regenzeit genannt. Der Nationalkonvent wird damit frühestens im November wieder tagen. Analysten zeigen auf, dass es nun schwierig für das Militärregime werden wird, eine neue Verfassung zu ratifi-

nachrichten

zieren, bevor Burma 2006 den Vorsitz der ASEAN übernehmen soll.

vgl. *Xinhua General News Service* 4.3.05, *Reuters* 31.3.05

Wa erreichen Thailands Grenze

Tausende Angehörige der ethnischen Wa waren im März 2005 auf dem Weg in die Grenzregion zu Thailand, bevor das Ultimatum am 26. Juni 2005 in Kraft tritt, mit dem die Wa-Region zu einer drogenfreien Zone erklärt wird. Mindestens 3.000 Menschen sollen Mongton im südlichen Shan-Staat an der Grenze zur Region Chiang Mai in Thailand erreicht haben, seit die Umsiedlungsmaßnahmen im Dezember begannen. Viele von ihnen sprechen nur Chinesisch. Jeder Neuankömmling erhält Reis für ein Jahr und 1.000 Baht (ca. 20 Euro). Ziel der Wa-Führung mit ihrem Hauptquartier in Panghsang an der chinesisch-burmesischen Grenze ist eine Umsiedlung von 100.000 Personen, bisher sind etwa 50.000 bis 60.000 angekommen. Viele von den Umsiedelten sind inzwischen wieder in ihre Heimatdörfer geflüchtet, so ein Thai-Beamter.

Der Wa-Führung wird von den USA vorgeworfen führender Drogenproduzent zu sein und acht von ihnen stehen in Abwesenheit unter Anklage. Angaben der UN-Organisation zur Drogenbekämpfung UNODC und weiterer Beobachter zufolge droht durch die Ausführung des Plans zur Eliminierung des Opiumanbaus bis 2005 eine ernste humanitäre Krise der vom Opiumanbau abhängigen Bauern.

vgl. *Shan Herald Agency for News* 5.1., 16.2.05

Dreifacher Bombenanschlag

Am 7. Mai 2005 wurde Rangun von den schwersten Bombenanschlägen seit Jahrzehnten getroffen. Fast zeitgleich explodierten Bomben in zwei Einkaufszentren und im Kongresszentrum des Yangon Trade Center. Sie verursachten nach offiziellen Angaben des Militärs 11 Tote und 162 Verletzte. Laut informellen Berichten sollen diese Zahlen unter den tatsächlichen Opferzahlen liegen und auch das Yangon General Hospital sprach von mehr als 200 Verletzten. Binnen kürzester Zeit machte die Junta »terroristische Minderheitengruppen« verantwortlich und sprach von einer gemeinsamen Aktion der Karen National Union, Shan State Army-South, Karenni National Progressive

Party und der im Exil agierenden National Coalition Government of the Union of Burma (NCGUB). Alle diese Gruppen wiesen die Vorwürfe sofort zurück. Verschiedene Theorien grassieren über die Verantwortlichen der Anschläge. Einige sehen die Regierung selbst als Fadenzieher, andere Angehörige des vor ein paar Monaten aufgelösten Geheimdienstes, dessen Mitglieder harten Strafen ausgesetzt sind. Auch radikale Muslime werden als Tatverdächtige genannt sowie die oben genannten nicht-burmesischen ethnischen Minderheiten- und Oppositionsgruppen.

vgl. *AFP* 8.9.05, *The Nation* 8.5.05, *Irrawaddy* 09.05.05, *AP* 9.5.05

Umstrittener Burma-Tag

Anfang April 2005 ist die Europäische Kommission wegen des von ihr in Brüssel veranstalteten »Burma Day« in die Kritik geraten. Im Vorfeld war in ihrem Auftrag ein Bericht von Morten Pedersen (International Crisis Group) und Robert Taylor verfasst worden, in dem die EU unter anderem aufgefordert wurde, ihre Politik gegenüber dem Regime zu ändern. Der »Burma Day« wurde außerdem kritisiert, weil im Programm zunächst kein Vertreter oder Sprecher der demokratischen Kräfte Burmas vorgesehen war, um zum Bericht Position

zu beziehen. EU-Beamte erklärten, die EU-Position gegenüber dem Regime würde nicht gelockert, die EU wolle jedoch die humanitäre Hilfe ausweiten.

In der Online Burma Library sind der Bericht »Supporting Burma/Myanmar's National Reconciliation Process: Challenges and Opportunities« sowie Stellungnahmen dazu nachzulesen: <http://www.burmalibrary.org/show.php?cat=1596&lo=d&sl=0>

vgl. *AFP* 30.3.05, *Irrawaddy* 7.4.05

Unabhängigkeits- erklärung des Shan Staates

Eine im Exil lebende Gruppe von Shan, angeführt von Sao Surkhanpha, dem ältesten Sohn des ersten burmesischen Präsidenten Sao Shwe Thaik, hat am 18. April 2005 die Unabhängigkeit des Shan Staates sowie die Bildung einer Regierung verkündet. Diese Gruppe von älteren Personen beruft sich auf ein Treffen Ende März, bei dem sie von Delegierten aus 48 von 56 Gemeinden der Shan-Staaten gewählt wurden. Die beiden bekanntesten Shan-Organisationen, Shan State Army und Shan Nationalities League for Democracy, gehörten nicht dazu. Burmas größte Oppositionspartei NLD kündigte an, dass sie diese Erklärung nicht unterstütze und die Bildung einer Parallelregierung nicht akzeptiere.

Auch die Shan State Army distanzierte sich durch ihren Sprecher Nang Kher Seng von dieser Neuigkeit. Laut Ansichten von westlichen Diplomaten und dem Bruder von Sao Surkhanpha, Harn Yawngwe, Direktor des Euro-Burma Office in Brüssel, könnte diese Aktion die politische Situation in Burma verschärfen und ein härteres Durchgreifen des Militärs aus der Sicht Ranguns legitimieren.

vgl. *Democratic Voice of Burma* 18.4.05, *Shan Herald Agency for News* 20.24.25, *Xinhua News Agency* 19, 21.4.05